



Ausschuß für Wissenschaft und Forschung

7. Sitzung (nicht öffentlich)

29. Februar 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.35 Uhr

Vorsitz: Ingrid Fitzek (GRÜNE)

Stenograf: Michael Endres

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

Thema: Finanzierung der Privatuniversität Witten/Herdecke
auf Antrag der SPD-Fraktion

1

Zu dem Thema berichtet Ministerin Anke Brunn (MWF).

2 Aktuelle Viertelstunde

Thema: Neue Erkenntnisse im Blutskandal an der Düsseldorfer
Universitätsklinik
auf Antrag der CDU-Fraktion

4

Hierzu trägt MDgt Dr. Kaiser (MWF) vor.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/400 und 12/690 (Ergänzung)

Vorlagen 12/276, 12/282, 12/373 und 12/458

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

7

Nach der Abstimmung über die einzelnen Anträge, zu denen zum Teil mündliche Begründungen und Erläuterungen abgegeben werden, nimmt der Ausschuß den Entwurf des Einzelplans 06 mit den zuvor beschlossenen Änderungen (*siehe Vorlage 12/417*) mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU an.

Im Ausschuß besteht ferner Einvernehmen darüber, daß die Landesregierung zur Umsetzung der beschlossenen Änderungen in die haushaltsrechtlich richtige Form ermächtigt wird, die sich aus den Personalbeschlüssen ergebenden Änderungen in den Veränderungsnachweis einzustellen und im übrigen die Beschlüsse haushaltsrechtlich umzusetzen.

Transfusionszwischenfällen seien die Transfusionsmediziner zusammengekommen, um die aus diesen Vorfällen zu ziehenden Maßnahmen zu erörtern. In diesen Konferenzen seien auch Vertreter des MAGS, das für die Kliniken zuständig sei, eingeschaltet. Im übrigen gebe es einen Kommunikationsaustausch zwischen den Universitätskliniken. Er habe hier die Düsseldorfer Maßnahmen vorgetragen, die im Kern bei allen Universitätskliniken gleich sein müßten. Das Ministerium werde dafür sorgen, daß sich die besonderen Erkenntnisse den anderen Kliniken mitgeteilt würden.

Der Bitte des **Manfred Kuhmichel (CDU)**, über den Fortgang der Angelegenheit weiterhin unterrichtet zu werden, will das Ministerium entsprechen.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/400 und 12/690 (Ergänzung)

Vorlagen 12/276, 12/282, 12/373 und 12/458

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Zu Beginn fragt **Manfred Kuhmichel (CDU)** nach den einzelnen Deckungsvorschlägen zu den Anträgen der Koalitionsfraktionen, die den vorliegenden Anträgen nicht beiliegen. Die Nennung der Deckungsvorschläge sei aber für das Abstimmungsverhalten der CDU-Fraktion entscheidend. Soweit die Deckungsvorschläge aus dem Wissenschaftshaushalt kämen, könnte die CDU die entsprechenden Anträge der Koalitionsfraktionen, wenn die Veränderungen auch im Interesse der CDU lägen, mittragen. Wenn die Deckung außerhalb des Wissenschaftshaushaltes erfolgte, müßte die CDU sich enthalten.

Dietrich Kessel (SPD) erläutert hierzu, von der Koalition werde kein einzelplanspezifischer Deckungsvorschlag unterbreitet. Die Deckungsvorschläge bezögen sich auf das Gesamtpaket der Anträge der Koalitionsfraktionen und würden über den gesamten Haushalt organisiert. Sie beliefen sich auf insgesamt 208 Millionen DM und kämen im einzelnen aus einer Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in Höhe von 100 Millionen DM, aus den außergewöhnlichen Einnahmen in der Abwasserabgabe in Höhe von 34 Millionen DM und aus der Kürzung der sächlichen Verwaltungsausgaben quer durch die Einzelpläne in Höhe von 30 Millionen DM. Der Rest setze sich aus mehreren kleinen anderen Positionen zusammen. Der Einzelplan 06 sei außer mit einem kleinen Ansatz bei den sächlichen Verwaltungsausgaben nicht beteiligt. Unter dem Strich flössen dem Wissenschaftshaushalt Nettozuwächse in erheblichem Maße zu.

Dr. Katrin Grüber (GRÜNE) betont, mit den Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen würde der von der Regierung gesetzte Schwerpunkt auf Wissenschaft und Forschung noch einmal deutlich unterstrichen.

Marie-Theres Ley (Köln) (CDU) kritisiert die Verfahrensweise der Koalitionsfraktionen und meint, man könne nicht verlangen, daß die CDU-Fraktion den Änderungsvorschlägen der Koalitionsfraktionen zustimme, wenn sie nicht gleichzeitig wisse, welche Vorhaben damit abgelehnt würden.

Michael Thomas Breuer (CDU) kritisiert, außer den vom Abgeordneten Kessel genannten Positionen lägen keine Information über die Deckung vor. Insofern seien die Haushaltberatungen seitens der Koalitionsfraktionen nicht sachgerecht vorbereitet worden.

Vorsitzende Ingrid Fitzek merkt an, der Wissenschaftsausschuß sei für die Beratung und Beschlußfassung von Deckungsvorschlägen aus anderen Einzelplänen nicht zuständig. Die Deckungsvorschläge würden in den zuständigen Fachausschüssen vorgelegt, beraten und zur Abstimmung gebracht.

Manfred Kuhmichel (CDU) erklärt nach einer kurzen Unterbrechung auf Antrag der CDU-Fraktion, die CDU habe sich bemüht, rechtzeitig deutlich zu machen, wie sich die Deckung ihrer Anträge gestalte. Für ihre Anträge hätten die Koalitionsfraktionen diese Arbeit nicht geleistet. Sie lieferten die Deckung zu ihren Anträgen in einer Form nach, die noch so manches Rätsel aufgabe und die Beratungsfähigkeit des Ausschusses in Frage stelle. Seine Fraktion hoffe, daß sich ein solches Verfahren nicht wiederhole. Vor diesem Hintergrund werde sich die CDU, wie bereits eingangs angedeutet, bei den Anträgen, bei denen sie von der inhaltlichen Zielsetzung her zustimmen könnte, der Stimme enthalten.

(Hinweis: Im folgenden sind nur diejenigen Diskussionsbeiträge niedergeschrieben, die über die Begründungen zu den Anträgen in der Vorlage 12/417 - dort finden sich auch die Ergebnisse der Einzelabstimmungen - hinausgehen.)

Zu lfd. Nr. 2

- Ministerium; Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten - merkt **Manfred Kuhmichel (CDU)** an, angesichts der dünnen Finanzdecke der Hochschulen seien 600 000 DM eine nicht unbedeutende Summe, über die sich die eine oder andere Hochschule freuen würde. Er möchte wissen, wie denn eine solche Summe überhaupt ermittelt werde und ob etwa ein Angebot eines Gutachters vorliege. - **Vorsitzende Ingrid Fitzek** nennt als Grundlage zur Ermittlung dieses Betrages Erfahrungen mit unterschiedlichen Gutachten im Wissenschafts-

bereich. Es sei an mehrere Studien mit unterschiedlichen Fragestellungen gedacht. Insofern halte sie den Betrag aus Sicht der Koalitionsfraktionen für gerechtfertigt.

Zu lfd. Nr. 6 a:

Auf eine Frage von **Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU)**, welche Konzeption diesem Antrag zugrunde liege und warum bei den Maßnahmen zur Förderung der Frauen im Hochschulbereich zusätzliche Mittel eingestellt würden, obwohl die Mittel in Titelgruppe 63 in den Jahren 1991 bis 1995 niemals ausgeschöpft worden seien, antwortet **Vorsitzende Ingrid Fitzek** für die Koalitionsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hier handele es sich um einen Unterstützungstitel mit landesweiter Wirkung, um die Aufgaben der Frauenbeauftragten, z. B. mit mehr Veranstaltungen und sonstigen Maßnahmen, zu unterstützen. - **MDgt Dr. Fleischer (MWF)** ergänzt, bereits die in dem Berichterstattergespräch aufgeworfene Frage nach den sogenannten entstandenen Resten habe noch nicht beantwortet werden können. Eine entsprechende Aufstellung sei in Arbeit.

Zu lfd. Nr. 6 b

- Wiedereinstiegsstipendien für Frauen - antwortet auf die Frage des **Manfred Kuhmichel (CDU)**, ob damit im Ausschuß eine Art Stipendienvergabe erfolge, **Vorsitzende Ingrid Fitzek** für die Koalitionsfraktionen, bei den Wiedereinstiegsstipendien für Frauen gebe es unterschiedliche Wege der Vergabe. Es sei an eine Überarbeitung der Richtlinien gedacht, die dann dem Ausschuß vorgestellt würden und nach denen das Ministerium dann handeln werde.

Zu lfd. Nr. 7:

Dietrich Kessel (SPD) nennt als Begründung für diesen Antrag, daß die Erhöhung der Ausgaben im Rahmen des Innovationsprogramms Forschung eine breitere Gestaltung ermögliche.

Zu lfd. Nr. 8

begründet **Dietrich Kessel (SPD)**, die Neueinrichtung einer Titelgruppe 72 in Kapitel 06 040 - Forschungsförderung - diene dazu, jungen, selbständig werden Hochschulabsolventen bei der Finanzierung der Existenzgründung zu helfen, indem diesen ein bestimmter Betrag zur Absicherung des Lebensunterhalt zur Verfügung gestellt werde. Zugleich sollten sie einer teilweisen Beschäftigung an einer Hochschule nachgehen.

Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU) glaubt, daß der Neuansatz an dieser Stelle falsch angesiedelt sei, da hier etwas über die universitären Haushalte abgesichert werden solle, was bisher z. B. beim Technologietransfer oder bei der Wirtschaftsförderung angesetzt worden sei. Sie könne sich nicht vorstellen, daß auf diese Weise marktgängige Produkte entwickelt

würden. - Dazu erläutert **Dietrich Kessel (SPD)**, die Mittel seien deshalb im Hochschulbereich angesiedelt, weil auch eine Beschäftigung der Teilnehmer im Hochschulbereich erfolgen werde.

Zu lfd. Nr. 10

- Zweckbestimmung: "Bezüge der wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräfte" - fragt **Dr. Irmgard Klingbeil (CDU)**, warum diese neue Haushaltsstelle eingerichtet werde, da an verschiedenen Stellen des Haushalts - z. B. unter dem Titel 429 88 unter sonstigen Personalausgaben - stehe, daß diese Mittel für wissenschaftliche Mitarbeiter, Lehrbeauftragte, wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte, nicht wissenschaftliche Arbeiter und Angestellte ausgegeben würden. - **Dietrich Kessel (SPD)** antwortet, hier würden zunächst zentral zusätzliche Mittel ausgewiesen. Eine Aufteilung der Mittel werde noch erfolgen müssen. - **Vorsitzende Ingrid Fitzek** ergänzt, Herr Kessel habe zu Recht darauf hingewiesen, hiermit solle ein Erhöhungsbetrag zur Verfügung gestellt werden, um die Vergütung von studentischen Hilfskräften a) anzupassen und b) - darauf beziehe sich der Haushaltsvermerk - den Unterschied, den es zwischen studentischen Hilfskräften an einer Fachhochschule bzw. an einer Universität gebe, anzugleichen, sofern es die Richtlinien der Tarifgemeinschaft der Länder zuließen. - **MDgt Dr. Fleischer (MWF)** fügt an, bei den Universitäten würde der angesprochene Personenkreis aus der Titelgruppe 94 bezahlt. Das Oberstufenkolleg und vergleichbare Einrichtungen hätten keine Titelgruppe 94. Dort bestehe nun die Möglichkeit, diese Personengruppe über den Titel 425 20 zu finanzieren. - Auf eine entsprechende Nachfrage von **Michael Thomas Breuer (CDU)** stellt **MDgt Dr. Fleischer (MWF)** fest, daß der Betrag von 1 800 000 nicht dazu diene, die finanzielle Lücke zwischen den studentischen Hilfskräften an Fachhochschulen bzw. Hochschulen zu schließen. Über die Verteilung müsse im Haushaltsvollzug noch entschieden werden. - **Dr. Irmgard Klingbeil (CDU)** meint, ihre Fraktion sei nach wie vor besorgt darüber, daß hier ein Titel für einen Tatbestand, der schon lange bestehe und für den an anderer Stelle auch erhebliche Mittel zur Verfügung stünden, eingerichtet werde. - **Adolf Retz (SPD)** hält abschließend fest, daß die Besoldung der studentischen Hilfskräfte seit einigen Jahren stagniere. Durch diesen Verstärkungstitel solle bei allen noch etwas angepaßt werden.

Zu lfd. Nr. 14

merkt **Vorsitzende Ingrid Fitzek** für die Koalitionsfraktionen an, eine Erhöhung des Ansatzes bei den Ausgaben für das Aktionsprogramm "Qualität der Lehre" diene insbesondere der Förderung neuer Lehr- und Lernformen.

Zu lfd. Nr. 15

- Erhöhung des Titelansatzes bei den Universitäten mit Lehrerausbildung in Musik - begründet auf Nachfrage von **Manfred Kuhmichel (CDU)** zu den unterschiedlichen Summen **Dietrich Kessel (SPD)**, das hänge zum einen mit der Zahl derer zusammen, die in dem

Bereich Lehraufträge wahrnehmen, zum anderen mit der Erhöhung um jeweils 5 % der einzelnen Ansätze.

Zu lfd. Nrn. 16 a und 16 b

- Medizinischen Einrichtungen der Ruhr-Universität Bochum - merkt **Manfred Kuhmichel (CDU)** an, seine Fraktion halte die Unterstützung dieses Projekts für dringend geboten. Die CDU schlage im Gegensatz zu den Koalitionsfraktionen einen Ansatz von einer Millionen DM zur Sicherung des Projekts zu Lasten des Innovationsprogramm Forschung vor.

Zu lfd. Nr. 17

- Bergische Universität - Gesamthochschule Wuppertal - möchte **Hubert Schulte (Menden) (CDU)** wissen, wie denn ein Wohnhaus für 100 000 DM finanziert werden könne und ob es sich in diesem Fall um eine Besonderheit handele. - **MDgt Dr. Fleischer (MWF)** erläutert, das Offizierskasino auf dem von der Universität Wuppertal erworbenen ehemaligen Kasernengelände solle zu einem Wohnhaus für Gastwissenschaftler ausgebaut werden. Ein solches Vorhaben werde grundsätzlich vom Bund nach dem HBFG mitfinanziert. Wuppertal habe hier einen gewissen Nachholbedarf; alle älteren Hochschulen hätten vergleichbare Gästehäuser.

Nach der Abstimmung über die vorgelegten Änderungsanträge der Fraktionen kommt **Manfred Kuhmichel (CDU)** noch auf die Fernuniversität Hagen zu sprechen. Auf den Erlaß des Staatssekretärs an die Fernuniversität Hagen, der ein klein wenig Beruhigung gebracht habe, habe der Rektor in einem Brief geantwortet, aus dem er zwei Punkte ansprechen wolle.

Zum einen habe der Rektor festgestellt, daß die in Aussicht gestellten 750 000 DM für die zweite Jahreshälfte 1996 nicht ausreichen, um die 20 Stellen, von denen die Rede war, zu sichern, sondern auf 950 000 für 1996 erhöht werden müßten. Für 1997 würden 1,9 Millionen DM benötigt.

Zum zweiten blieben, wenn er die Mittel für 23 Stellen ausgenutzt habe, noch ca. 15 Stellen in der Luft. Diesbezüglich habe der Rektor im Schlußsatz die Hoffnung geäußert, daß für die weitere Finanzierung in enger Kooperation mit der Landesregierung und der Politik eine tragfähige Lösung gefunden werden könne.

Der Abgeordnete möchte wissen, wie im Rahmen der heutigen Haushaltsberatungen die nach wie vor vorhandenen Probleme angepackt werden könnten.

Dietrich Kessel (SPD) meint, unabhängig davon, daß dieses Thema heute nicht über einen Antrag in Verbindung mit den Haushaltsberatungen vorgebracht werde, seien die Koalitionsfraktionen nach wie vor im Gespräch mit dem Wissenschaftsministerium, um in dieser Frage eine möglichst hohe Übereinstimmung zwischen den Interessen der Fernuniversität und den Vorgaben des Wissenschaftsministeriums herbeizuführen. Soweit ihm bekannt sei, werde der Erlaß hinsichtlich der darin enthaltenen Möglichkeiten seitens der Fernuniversität Hagen

geprüft. Nach seiner Einschätzung sei dieser Erlaß nicht auf strikte Ablehnung gestoßen, sondern er biete für die Fernuniversität durchaus Perspektiven für die Lösung der angesprochenen Probleme. Inwieweit es im weiteren im Ausschuß darüber hinaus zu Vereinbarungen kommen könne, werde sich noch herausstellen.

Manfred Kuhmichel (CDU) schließt aus der letzten Äußerung des Kollegen Kessel, daß bezüglich dieser 20 Stellen noch eine Verständigung erzielt werden könnte und gegebenenfalls entsprechende Mittel nachgelegt würden.

Dietrich Kessel (SPD) entgegnet, er gehe davon aus, daß die angesprochene Problematik im Rahmen des Haushaltsvollzugs geklärt werde. Insofern sehe er nicht die Notwendigkeit, sich im Rahmen der weiteren Haushaltsberatungen über den Haushalt 1996 noch einmal mit dem Thema zu beschäftigen.

Ministerin Anke Brunn ergänzt, da sie skeptisch sei, daß es bezüglich einer Fortführung des ausgelaufenen Hochschulsonderprogramms I zu einer Einigung mit dem Bund komme, würde die Fernuniversität Hagen hinsichtlich der 20 Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen des Haushaltsvollzugs mit den anderen Hochschulen und Fachhochschulen gleichgestellt, denen ebenfalls Stellen aus dem Hochschulsonderprogramm I finanziert worden seien. Die Fernuniversität habe in ihrem Schreiben zu verstehen gegeben, daß sie gern mehr Mittel zur Verfügung gestellt bekommen hätte, um die angesparten Mittel im Rahmen der Finanzautonomie anders verwenden zu können. Das Ministerium prüfe, ob man ihnen nicht entgegenkommen könne. Dies geschähe dann durch eine Umbuchung, also durch eine Umverteilung innerhalb der 708 Stellen.

Manfred Kuhmichel (CDU) bittet darum, weiterhin darüber informiert zu werden. Wenn sich die Angelegenheit nicht so entwickle, wie es gewünscht werde, gehe er davon, daß man sich damit beim Nachtragshaushalt noch einmal befassen werde.

Nach der Gesamtabstimmung - *siehe Beschlußteil* - über den Haushalt des Einzelplans 06 informiert **Vorsitzende Ingrid Fitzek** als Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über folgende in der Koalition vereinbarten Anträge, die bezüglich des Personalhaushalts in der kommenden Sitzung des Unterausschusses "Personal" schriftlich vorgelegt und zur Abstimmung gestellt würden.

1. Verschiebung der kw-Stellung auf den 31.12.2000 bei 139 Stellen.
2. Einrichtung von fünf Stellen für ein Modellprojekt "Umweltbeauftragter" an Hochschulen.
3. Zurverfügungstellung von neun Professuren für Frauenforschung im Vorgriff auf die "Topfstellen" 97.

4. Einrichtung von zusätzlichen 30 Stellen bei den Fachhochschulen.

Manfred Böcker (SPD) kritisiert dieses Verfahren mit dem Hinweis, diese vielen Zahlen könne sich niemand merken. Insofern hätte hierzu eine Tischvorlage vorgelegt werden sollen.

gez. Fitzek
Vorsitzende

11.03.1996/15.03.1996

205